

KOMPAKT

Überraschung

KONZERT Am Mittwoch, den 29. Juni, gibt es ab 16.30 Uhr im Jüdischen Gemeindezentrum am Jakobsplatz als Erlebnis für die ganze Familie einen »Musiknachmittag«. Das Jugendzentrum Ne-shama lädt zu der Veranstaltung mit einem abwechslungsreichen Musikprogramm ein, gestaltet von jungen Musikschülern des Studios Zlilim. Hinzu kommt als gute Tradition der Auftritt eines Überraschungsgastes. Der Eintritt ist frei, Spenden sind willkommen. Weitere Informationen sind im Jugendzentrum der IKG unter 089/ 20 24 00 482 erhältlich. *ikg*

Klassiker

VORTRAG Peter Sh. Lehnardt von der Abteilung für Hebräische Literatur der Ben-Gurion-Universität des Negev in Beer Sheva hält am 29. Juni, 18 Uhr, im Historicum, Schellingstraße 12, Raum 002, einen Vortrag mit dem Titel »Lied und Klage bei Juden und Christen. Reflexionen zur Erfahrung mit Gewalt in synagogaler Poesie und im Nibelungenlied«. Der Wissenschaftler spricht auf Einladung der Professur für Mittelalterliche Jüdische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität unter Leitung von Eva Haverkamp. Weitere Informationen finden sich auf der Website www.uni-muenchen.de. *ikg*

Ballett

AUFFÜHRUNG Gut eine Stunde lang machte das Show-Ballett »Genesis« mit seinem Bühnenauftritt dem Titel seines neuen Programms »Die Sterne« alle Ehre. Am Ende des gelungenen Abends im Gemeindezentrum strahlten die Kinder mit den Gästen um rauschenden Beifall gleichermaßen um die Wette. Wie immer, wenn das Show-Ballett Neues zu bieten hat, war die Veranstaltung, die dieses Mal noch durch einen Gastauftritt des Tanztheaters »Dilly-Dance« des Kulturzentrums »Gorod« bereichert wurde, ein richtiger Publikumsmagnet. Herzlichen Beifall erntete auch Stanislav Kucharkov, der Gründer des Balletts, als er sich selbst aufs Tanzparkett wagte. Viktoria Slavina, die Leiterin der Truppe, und Tatjana Ivanizky, die Moderatorin des Abends, schauten amüsiert zu. *ikg*



Show-Ballett »Genesis«

Foto: Maisel

»Makaber und geschmacklos«

KRITIK Die Kultusgemeinde verurteilt die Versteigerung von Nazi-Utensilien

VON HELMUT REISTER

Die Bitte von Oberbürgermeister Dieter Reiter hat nicht gefruchtet, die Aufforderung von IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch nach einer rechtlichen Prüfung zeigte ebenfalls keine Wirkung, die Mahnung des Zentralratspräsidenten Josef Schuster blieb ebenfalls ungehört. Die makabre Versteigerung von so skurrilen Gegenständen wie der Unterhose von Hermann Göring und dem Strick, mit dem Judenhasser Julius Streicher hingerichtet wurde, hat wie geplant am Wochenende im Münchner Auktionshaus »Hermann Historica« stattgefunden.

Der Begriff »Geschmacklosigkeit«, der in Zusammenhang mit der umstrittenen Auktion von vielen verwendet wurde, ist nach Ansicht von IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch eine zu ungenaue Charakterisierung des »makabren und geschmacklosen Schauspiels«. Die Auktion, sagt Knobloch, »zeugt vor allem auch von einem mehr als fragwürdigen Umgang mit unserer Geschichte«.

ZWEIFEL Das in die Kritik geratene Auktionshaus fühlt sich missverstanden. In einer Erklärung teilt es mit: »Die Hermann Historica ist sich der verhängnisvollen Geschichte von 1933 und 1945 völlig bewusst und lehnt alle neonazistischen und nationalsozialistischen Strömungen ab.« Mit der Auktion diene man bloß der Wissenschaft und der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung, so die Argumentation des Hauses. Nicht nur Charlotte Knobloch, auch viele Wissenschaftler haben an der Aussage solcher Darstellungen Zweifel. »Wo, bitte schön, ist der wissenschaftliche Wert von Görings Unterhose? Da kann sie noch so groß sein«, erklärt Knobloch.

Die Auktion zu verbieten, war rechtlich nicht möglich.

An der starren Haltung von »Hermann Historica« ist Oberbürgermeister Dieter Reiter schon einmal gescheitert. »Ich hatte das Auktionshaus bereits im Jahr 2014 gebeten, eine ähnliche Auktion abzusagen oder zumindest sicherzustellen, dass die versteigerten Objekte nicht zur Verherrlichung des Nationalsozialismus missbraucht werden. Leider ohne Erfolg«, erklärte er wenige Tage vor der Versteigerung. Anders verlief es auch diesmal nicht.

Die Unterwäsche des ehemaligen Nazi-Reichsfeldmarschalls, Kleidungsstücke von Adolf Hitler und Eva Braun oder Fotografien gehörten noch zu den harmloseren Objekten des anrühenden Auktionsangebots. Eine Röntgenaufnahme von Hitlers Schädel, ein zerfranstes Teil des Henkerseils oder der Metallbehälter, in dem die Giftampulle aufbewahrt worden sein soll, mit der sich Göring das Leben nahm, sind auch im Vergleich mit anderen Auktionen des weltweit florierenden Devotionalienhandels mit Relikten aus dem Nationalso-



Einige der bei der Münchner Auktion versteigerten Objekte gehörten wohl zum Bestand der Nürnberger Prozessakten.

Foto: dpa

zialismus besonders geschmacklos. »Solche Veranstaltungen«, ist Charlotte Knobloch überzeugt, »fördern den Nazi- und Führerkult.«

Für die Gegenstände, die dabei den Besitzer wechseln, werden enorme Summen bezahlt. Eine Jacke von Hitler wechselte für fast 300.000 Euro den Besitzer. Axel Drecol vom Institut für Zeitgeschichte und Leiter der Dokumentation Obersalzberg, zieht eine ernüchternde Bilanz: »Offenkundig ist die Faszination an diesen Personen so groß, dass die Leute eben doch, um ein Stück dieses Hitlers oder dieses Görings selbst zu Hause haben zu können, bereit sind, entsprechende Summen für diese Gegenstände zu bezahlen.« Auch auf Sammlerplattformen im Internet ist das Geschäft mit den Devotionalien mehr als 70 Jahre nach Ende der NS-Zeit sehr erfolgreich.

HANDEL Die Forderung von IKG-Präsidentin Knobloch nach juristischen Schritten gegen die Versteigerung mit dem Ziel, solche Auktionen zu verbieten und den einschlägigen Handel mit den »Nazi-Souvenirs« einzudämmen, kommt nicht von ungefähr. Gerade die Auktion in München offenbarte, in welchen diffusen Milieus sich der Handel abspielt. Dessen ungeachtet lieferte das Auktionshaus mit den bei-

den Namen John K. Lattimer und Robert Kempner selbst einen Hinweis auf die zwielichtigen Eigentumsverhältnisse etlicher angebotener Objekte. Sie wurden in der Ausstellungsbeschreibung als die Vorbesitzer jener Stücke angegeben.

John K. Lattimer und Robert Kempner kamen den Nazi-Kriegsverbrechern sehr nahe. Lattimer war US-Arzt und für die medizinische Betreuung der Nazis in Haft zuständig. Robert Kempner war Stellvertreter des amerikanischen Chefanklägers

Hitlers Jacke wechselte für fast 300.000 Euro den Besitzer.

im Prozess vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg. Was beide noch »auszeichnet« und sich auch im Auktionsangebot niederschlug: Bei ihnen landeten Dokumente und Beweisstücke, die eigentlich zum Bestand der Nürnberger Prozessakten gehören und im Privatbesitz nichts zu suchen haben. Die Möglichkeit, sie sich anzueignen, bot sich allemal.

Aus John K. Lattimers Nachlass stammen unter anderem das Henkerseil und die Giftampulle. Er war der Erste, der die

Leiche von Hermann Göring untersuchte. Hatte er den Behälter für die Giftampulle bei dieser Gelegenheit tatsächlich eingesteckt? Und wo hatte er die anderen Utensilien aus dem Privatbesitz der Nazis her?

Zweifelhaft sind auch die Eigentumsverhältnisse jener Dokumente, die angeboten wurden und Robert Kempner gehört haben. Wie seit dem Verfahren in Zusammenhang mit seinem Nachlass vor wenigen Jahren feststeht, hat auch er sich aus den Akten des Prozesses bedient. Unter anderem steckte er das Tagebuch von Hitlers Chefideologen Alfred Rosenberg ein, der den Kunstraub der Nazis im großen Stil organisierte und auch das verschollene Bernsteinzimmer aus St. Petersburg abtransportieren ließ.

JUSTIZ Trotz dieser Umstände sah auch das bayerische Justizministerium keine Möglichkeit, die Auktion zu verbieten. Es sei zwar durchaus strafbar, in Deutschland Kennzeichen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation zu verbreiten oder Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen öffentlich zu verwenden. Anders verhalte es sich aber bei NS-Devotionalien: Der bloße Besitz oder der bloße Ankauf ohne die Absicht, die Objekte zu verbreiten, sei grundsätzlich nicht strafbar.

Antisemiten auf dem Index

GESCHICHTE Der Münchner Stadtrat wird künftig historisch bedenkliche Straßennamen überprüfen

Wie soll die Stadt München mit Straßennamen umgehen, die historisch belastet sind? Wie dies künftig konkret aussehen soll, damit befasst sich ein derzeit laufendes Projekt der Stadtverwaltung unter Federführung des Münchner Stadtarchivs. In einer gemeinsamen Sitzung von Kommunal-, Verwaltungs- und Personalausschuss des Stadtrates stellte Kommunalreferent Axel Markwardt die derzeit gehandhabte Praxis bei der Benennung neuer Straßennamen vor. Er betonte, dass der Stadtrat bei der Verwendung von Personennamen bereits jetzt streng auf die Themenfelder Antisemitismus, Rassismus und Kolonialismus achte.

In der Vergangenheit ging die Auswahl von Straßennamen in München keineswegs so historisch korrekt vorstatten. »Nicht immer«, erklärte der Kommunalre-

ferent in der Sitzung, »waren Stadtverwaltung und Politik bei der Auswahl von Personen so sorgfältig wie heute. Insbesondere die Rolle einzelner Personen während der NS-Zeit haben zu Entscheidungen geführt, die aus heutiger Sicht problematisch sind.«

Wie viele Straßen davon genau betroffen sein könnten, ist nicht bekannt. Deshalb soll nach dem Willen des Stadtrates erst einmal eine umfassende Bestandsaufnahme aller als problematisch angesehenen Straßennamen durchgeführt werden. Auf die besondere Sensibilität der Thematik ging bei der Sitzung auch Michael Stephan ein, der Leiter des Stadtarchivs. »Entnennungen oder Umbenennungen von Straßen stellen immer eine grundsätzliche Problematik dar. Jede Tilgung eines Straßennamens ist eine erinnerungskulturelle



Streitfall Treitschke: In München trägt eine Straße den Namen des jüdenfeindlichen Historikers.

Foto: Maisel

Intervention mit nachhaltiger Wirkung«, erklärte Michael Stephan und wies dabei auf die Meiserstraße und den Leonhard-Moll-Bogen als exemplarische Beispiele hin.

Die Tatsache, dass sich Bürgerschaft, politische Entscheider oder die Verwaltung zu einem bestimmten Zeitpunkt für oder gegen einen Straßennamen aussprechen, ist nach Überzeugung von Michael Stephan auch Ausdruck eines zeitgebundenen Normen- und Wertesystems. Sobald spätere Akteure Korrekturen an diesen Positionsbestimmungen vornehmen würden, erfolge zugleich eine Art Flurbereinigung der Erinnerung. »Das kann«, sagt Stephan, »nicht im Sinne einer Stadtgesellschaft sein, die sich zu einem kritischen und offenen Umgang mit der Vergangenheit bekennt.« *Helmut Reister*